



Wirtschaftliche Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667.  
Für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3600-3698. Telegramm-Adresse:  
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 460. Wochenlicher 1 Mark.  
Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestelgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Fern-Anzeigen: Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr. 115 • B 57

MONTAG, 9. MÄRZ 1931

ABEND-AUSGABE • V

## Erdbeben auf dem Balkan

Von Sonnabend nacht bis Montag früh — 160 Tote, 500 Verletzte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BELGRAD, 9. MÄRZ

Der Balkan wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von einem heftigen Erdbeben heimgesucht, das nach den bisherigen Beobachtungen 180 Todesopfer forderte. Die Zahl der Schwerverletzten und Leichtverletzten wird auf 500 geschätzt. Über 1000 Häuser sind zerstört worden. Der Herd des Bebens liegt in Süditalien, Madonien, 800 Kilometer südlich und südwestlich von Belgrad, im gesamten Gebiet des Karpatenbogens und besonders in der Gegend nördlich der griechischen Grenze. Die Erdbeben währten bis heute morgen an. Die letzte Phase wurde Montag von 5 Uhr bis 6 Uhr 30 verzeichnet. Da alle Kabel- und Telefonleitungen zerstört wurden, läßt sich noch kein genaues Bild über den Umfang der Zerstörung geben.

Am stärksten heimgesucht wurde das Gebiet der jugoslawisch-bulgarischen Grenze zwischen Strumica, Gueghel und Szip. In diesem Gebiet hat man schon zwei Wochen vorher starke Erdbeben verspürt. Hier wurden mehrere Städte und Dörfer vollständig zerstört. Das Beben war so heftig, daß es die Regierereisenden des Belgrader Schwabengesellschaftlichen Instituts aus dem Vagen markantesten Folgen hatte das Erdbeben besonders heftig von Skopje. In Skopje ließ, wo die Bevölkerung ins Grotto flüchtete, hat das Beben seinen ersten Schäden angeichtet. In dem Dorfe

Pirana aber, in der Nähe von Gueghel sind sämtliche öffentlichen und privaten Gebäude eingestürzt. Die Zahl der Toten beträgt 19, die der Schwerverletzten 28, der Leichtverletzten 70. Auch mehrere andere Dörfer in der Umgebung von Gueghel wurden teils gänzlich, teils teilweise zerstört. Nach dem bisher vorliegenden Berichten sind in der Umgebung von Gueghel außer in Pirana noch weitere fünf Tote und 20 Schwerverletzte zu verzeichnen.

Auch die Gueghel ist teilweise zerstört. Die Stadt Belgrad liegt gänzlich in Trümmern. Eine Reihe der im Sommer fertiggestellten Gebäude ist eingestürzt, sämtliche Stationsgebäude auf der Eisenbahnlinie von Demis-Kapru nach Gueghel sind eingestürzt, die Strecke selbst fast vollständig. Zwei Eisenbahnbrücken sind teilweise zerstört, so daß der Verkehr noch Salomiti gänzlich eingestellt werden mußte. Infolge des Erdbebens haben sich von den Bergen große Felsblöcke losgelöst, die die Eisenbahnlinie und die Straße verheilten, so daß diese unbenutzbar geworden sind.

Die Zerstörung der betroffenen Gebiete kommt im Freien und selbst stark unter Aufstößen, Rütteln und Ärgernisse. Militärs hat Geländebild verteilt, so daß ein Teil der Bevölkerung in Gellen untergebracht werden konnte. Aus Skopje und Belgrad sind Hilfszüge mit Nahrungsmitteln und Sanitätsmaterialien entandt worden. Der Status von Skopje ist in das Katastrophengebiet abgetrennt, wobei sich auch heute abend König Alexander und Ministerratschef Guesard persönlich begeben haben.

## Groener gegen Maginot

Flädoyer für Abrüstung

Reichswehrminister Groener hat heute die Vertagung des Wehr-Gesetzes im Hauptauschuß des Reichstages mit einer Rede eingeleitet, die fast ausschließlich dem Thema von der Abrüstung gewidmet und an die Adresse des französischen Kriegsministers Maginot gerichtet war. Darin unterließ er sich auffallend von früheren Reden, die der Reichswehrminister bei dem gleichen Anlaß gehalten hat. Diesmal verzichtete Groener auf grundsätzliche Erörterungen über Stellung und Führung der Wehrmacht mit der Begründung, daß er darüber Stills nicht zu sagen vermöge und nur wiederholen könne, daß er auf der einmal eingeschlagenen Linie verharren werde, vor allem bei dem Prinzip, daß die Reichswehr dem politischen Streit entgegen zu dienen habe. Ein letzter Hinweis auf das Wehrgesetz: „In was nützlich aus dem Geis heraus zu hören, daß der Geist mit freierem Sparraten aufgestellt sei, und daß der Reichswehrminister deshalb keine Zugeständnisse machen könne.“

Bei der Antwort an den französischen Kriegsminister ging der Reichswehrminister von der Kriegsfrage aus. Es war nicht etwa eine außenpolitische „Entzour“, Groener betraf sich vielmehr auf die jüngste Erklärung des Reichs- ausministers, die im Rahmen der Gesamtregierung abgegeben wurde, um auf die heftige Forderung nach einem internationalen Gremium, das unparteiisch die Kriegsfrage prüfen soll. Das Gremium hätte eine Solemit gegen die Behauptung Maginots von der Abrüstung Frankreichs hinzu. Nützlich ist der französische Kriegsminister der gefährlichere Stehler, der es verzieht, über die tiefen Wunden in seiner Wehrführung mit einer eleganten Sprache hinwegzujupfen.

Groeners Antwort war von gewohnt misstrauher Schönheit und sein Ruckzug nach Frankreichs Rüstung 1931 genau so hart wie 1913. Ländeln. Das gilt ja nicht nur von Frankreich, sondern auch von den anderen Mächten, die im Versailles Vertrag die Pflicht zur freimülligen Abrüstung auf sich genommen haben. Das Groener sich anschließend mit Frankreichs Heer befaßt hat, ist daraus zu erklären, daß Kriegsminister Maginot in einer aktiv aggressiven Form die Lasten auf den Kopf zu stellen verzieht.

## Stimson studiert Rußland

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 9. MÄRZ

In der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist seit einiger Zeit eine Wendung eingetreten, die vollständig weittragende Folgen haben wird, wenn das each von offizieller Seite bisher beherrschten wird. Staatssekretär Stimson, der während seiner zweijährigen Amtszeit von keine Gegenstände gehört hat, das russische Problem selbst gründlich zu studieren, sondern durch die vielen internationalistischen und die Wirkungsgebiet gewonnen wurde, einfach den Aufgaben seiner Aufgabe weiter zu tun, beschäftigt hat. Der russischen Angelegenheiten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Mit der Bestimmung des Genes-Wehrtrats wird wohl der neue Extrakt James Graham Rogers, bisher Leiter der russischen Fakultät an der Universität von Colorado, beauftragt werden. Unter Umständen ist sogar die Einrichtung einer besonderen obersteinstufigen Abteilung im Außenministerium unter Leitung Rogers geplant.

Zur Begründung des ungewöhnlichen Schrittes gibt Stimson an, daß seine Außenpolitik nur unentbehrlich liebe werde, die letzten Jahre oder eine Reihe neuer Beziehungen zustande gebracht hätte, die eingehende Kenntnisse notwendig machen. Als solche „Beziehungsbezüge“ werden die unstrittigen russischen Holz-, Mangon- und anderen Importe sowie die vorliegenden des Holzgehes über den Ansehung russischer Erstattungsarbeiten genannt. Das Staatsdepartement eicht dieser vielfachen Informationen über die Berliner Wirtschaft, teilweise auch über Rußland, wo der frühere Berliner Botschaftsrat John Foster den Zusammenhang angenommen hat.

## Flottenpakt Moskau - Angora

STAMBUL, 9. MÄRZ

In einem vorgelegten in Angora unterzeichneten Abkommen verpflichten sich die Türkei und Rußland, ihre Kriegsschiffe im Schwarzen, Marmara- und Mittelmeer in keiner Weise zu verstärken, oder aber den Vertragstexten sechs Monate vorher von einer eventuell geplanten Verstärkung zu unterrichten. Die beiden Mächte betonen in dem Protokoll die Lieberzeugung, daß der Vertrag nur durch die effektive Abrüstung aller Wasserkräften gefördert werden kann. Die betonen den Entschluß, auch in Zukunft auf die allgemeine Abrüstung hinzuarbeiten.

## Hindenburg dachte an Rücktritt

Schiele antwortet Hugenberg

Hugenberg hat in seiner Rede in demot im Rippischen Lande seinem früheren Reichstagsgenossen Schiele vorgezogen, er habe im Juni vor der Parteiverammlung ein unwortliches „Rücktrittsgesuch“ verfaßt, indem er den Deutschnationalen vor der Ablehnung über die Reizverhandlungen und die Zustimmung der Reichspräsidenten verüben hätte, wenn die Deutschnationalen nicht den Aufhebungsantrag zu Fall bringen würden. Hierzu gibt Reichstagsminister Schiele die folgende Erklärung ab, zu der ihn der Reichspräsident ausdrücklich ermächtigt hat:

Der Herr Reichspräsident hat im Juli 1920 vor der Ablehnung über die Aufhebung der Reizverhandlungen in einer Unterhaltung mit mir (Schiele) behauptet, daß er, falls im Reichstag der Antrag auf Aufhebung der Reizverhandlungen — und zwar mit den Stimmen der Deutschnationalen — beschlossen würde, nur zurückzutreten oder den Reichstag anzuhängen. Der Herr Reichspräsident ermächtigte mich ausdrücklich, dies dem Herren der Reichstagsgenossen mitzuteilen und hinzusetzen, daß er, angesichts der gegen eine bezügliche Reuewohl des Reichstages bestehenden Bedenken erstlich den Gedanken seines Rücktritts erwäge, falls der Reichstag die vom Reichspräsidenten im Interesse des Landes erlassenen Lebenswichtigen Verordnungen ausbebe.

Hinrich wurde der Reichstagspräsident von Freitag-Landtagungen vorgelegt, um gegen Schiele den Vorwurf zu verzeihen, Reichstags in der Lokomotiv-Politik zu erheben. Die Antwort Schieles bedeutete eine völlige Abfuhr. Diesmal hat sich Hugenberg selbst vorgezogen. Und auch diesmal geht es sich, daß diese Politik der Diskreditierung durch Instruktionen nicht nur für das politische Leben verderblich, sondern auch unwirksam ist. Hugenbergs Vorstoß endet damit, daß jetzt einwandfrei feststeht, daß die Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung sich nicht daran kümmern, ob ihre Politik im Juli 1930 zum Rücktritt Hindenburgs führte. Zie gleiche Haltung ist die grundlitzige Fortsetzung dieser Desperatopolitik.

## Die Rede des Wehrministers

Erwarten Sie nicht, daß ich diesmal grundsätzliche Erörterungen abgebe über die Stellung, den Zweck und die Führung der Wehrmacht. Ich höre das schon so oft sagen, daß ich mich nur auf meine Reden der früheren Jahre zu beschränken darf. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß mich alle Angriffe von links und rechts nicht dazu veranlassen können, die von mir jeher eingeschaltene Linie in der Führung der Reichswehr auch nur um einen Zentimeter zu ändern. Denn ich bin der festen Lieberzeugung, daß die von mir vertretenen Grundansätze allen zweckdienlich sind, daß die Wehrmacht überparteilich und dem politischen Streit entgegen steht. Die Wehrmacht dient dem Staat, nicht den Parteien. Daran sollte ich unerbittlich festhalten. Ebenso ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht das erfüllt, was sie für die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, den Landesfrieden, braucht. Der vorgelegene Entwurf ist unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, daß bei voller Berücksichtigung der Notlage unseres Volkes und bei freierem Sparraten die lebensnotwendigen Forderungen erfüllt werden, und ich bin nicht in der Lage, hierin irgend welche Konzessionen zu machen.

Auf Einzelheiten werde ich nach den Reden der Sprecher der Parteien eingehen. Zunächst aber muß ich Angriffe zurückweisen, die aus dem Auslande gegen uns gerichtet worden sind. Der französische Kriegsminister hat die Wehrmacht in einer Weise eingeleitet, die ich nicht unbedingtesch bleiben darf. Er hat erwidert, es nicht anerkennen zu können, daß aus dem Wirkungsgebiet alle Wehrer ein Ansehung auf Behandlung auf gleichem Fuß haben. Herr Maginot glaubt, wenn man in der Welt die internationale Gerechtigkeit zur Herrschaft gelangen lassen wollte, ist es ebenso notwendig wie gerecht und eine Würdigkeit für die wehrlichen Mannen, die die Wehrmacht in die Hände der Wehrer zu stellen, wenn die Wehrer die Wehrmacht unterwerfen möchten, als die jenseits Nationen, die keine Angriffe bekommen können.

Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären: Unsere Stellungnahme zu der sogenannten Kriegsfrage ist wiederholt aus beinahe jeder Munde vor aller Welt largelastet worden. Vor kurzem hat der Herr Reichsaussenminister hierzu im Rahmen der Reichsregierung bedeutsame Erklärungen abgegeben, die ich nicht zu